

Massive Versäumnisse

Sozialversicherung: „Wo bleibt die Lobby?“, FR-Wirtschaft vom 15.1.

Der Autor hat darauf verwiesen, dass für die gesetzliche Sozialversicherung die Finanzierungsgrundlage kontinuierlich verringert wurde: Minijobs, Hartz II, Midijobs, Entgeltumwandlung für private Altersvorsorge. Er nennt auch den zu geringen Beitrag des Finanzministeriums für die Krankenversicherung der Bürgergeldempfänger (120 Euro bei Krankheitskosten von 240 Euro pro Person und Monat). D.h. Steuergelder werden zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen gespart.

Neuerdings wird den Krankenkassen ein Teil der Investitionen in die Krankenhäuser zugemutet. Dabei ist dies Aufgabe der Bundesländer. Seit Jahren haben sie es versäumt, die Krankenhäuser auszustatten.

Bekannt ist, dass der Staat nicht die versicherungsfremden Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung (Mütterrente, Witwen-/Witwenrente u.s.w.) in jedem Jahr voll ersetzt. Der Minusbetrag soll sich auf rund eine Billion Euro aufsummieren haben. Die Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung sind überhöht, ohne Nutzen für die Versicherten. Den Unternehmen werden ungerechtfertigte Personalkosten (halber Beitrag) zugemutet. Vom Bruttolohn bleibt weniger Netto. Wie schreibt der Autor: „Die Legitimation für die Sozialversicherung sinkt“. Und weiter: „Eine starke Lobby für die Sozialversicherung ist nicht in Sicht“. Ich habe diese Situation am 25.11.24 in einem Schreiben dem DGB und dem Bundesverband der Arbeitgeberverbände mitgeteilt und die Frage gestellt, ob die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen durch die Sozialversicherung evtl. verfassungswidrig ist. Bisher habe ich keine Antwort erhalten. So wie zu der Frage „Wo bleibt die Lobby?“ Hermann Könen, Fränkisch-Crumbach

Ein Eigentümer in der Pfalz

„Keine Entschuldigung für Ahrtal-Tragödie“, FR-Politik vom 18.1.

Vermag mir jemand zu erklären, warum man sich nicht „entschuldigen“ kann, obwohl man eingesteht, dass Fehler gemacht worden sind? Kann ich mich für etwas entschuldigen und (nicht oder) gleichzeitig nach vorn blicken? Kann man besser nach vorn blicken, weil man die Ereignisse der Vergangenheit emotional adäquat aufgearbeitet, also keine Leiche im Keller hat? Was steckt hinter diesem Verhalten von Malu und Schweizer? Die Angst vor der Geste? Wie bedeutsam eine Geste sein kann, hat Willy Brandt in Warschau gezeigt. Ist es Kleinmut? Oder – das wäre am schlimmsten – der Glaube an die eigene Unfehlbarkeit in absolutistischem Sinne? Auch hier wird es der AfD leicht gemacht zu punkten. Eigentlich handelt es sich um ein Eigentor.

Rüdiger Erdmann, Pattensen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie immer Ihre Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift online unter www.frblog.de publiziert werden kann. Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FORUM ONLINE

Alle Stimmen aus diesem Forum wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet.

Lesen Sie: frblog.de/f20250120
Dort können Sie Ihre Meinung auch selbst veröffentlichen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Livestream unter fr.de/hebelsstunde
Donnerstag, 23.1., 19 Uhr
Club Voltaire
Kleine Hochstraße 5
Frankfurt

Stephan Hebel moderiert die Diskussion „Brauchen wir ein AfD-Verbot?“ Mit Michèle Winkler (Komitee für Grundrechte und Demokratie), Axel Schäfer (MdB, SPD) u.a.
Freitag, 24. Januar, 19 Uhr
Kulturzentrum „Rotunde“
Am Kulturgleis 3-5, Bochum

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Landtagsabgeordneten Nam Duy Nguyen (Linke, Sachsen).
Donnerstag, 30.1., 19 Uhr
Club Voltaire
Kleine Hochstraße 5
Frankfurt

Stephan Hebel moderiert die „Rödelheimer Runde“ mit Kandidat:innen für die Bundestagswahl.
Freitag, 31. Januar, 19 Uhr
Rödelheimer Vereinsringhaus
Friedel-Schomann-Weg 7
Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge stellt seinen Offenbach-Krimi „Die kalte Erika“ vor. Lesung, Gespräch, Signierstunde.
Donnerstag, 6. Februar, 19 Uhr
Bibliothekszentrum
Hedderichstr. 32, Frankfurt

Jetzt gilt es, laut Nein zu sagen

US-Präsident Donald Trump: „Zurück an der Macht“, FR-Titel vom 21. Januar

Jetzt gilt es, Nein zu sagen

Es wird über die Schwierigkeit diskutiert, wie mit dem neuen US-Präsidenten umzugehen ist. Allerdings ist dies bei objektiver Betrachtung ziemlich simpel. Der Mann ist vollkommen klar in seinem Denken und seinen künftigen Amtshandlungen: Drill, baby, drill – also Verwertung aller fossilen Ressourcen ohne Rücksicht auf die klimatischen Auswirkungen, wirtschaftliche Abschottung des Landes mittels Strafzöllen, Abschottung gegenüber Migranten, kein Geld für Dinge, die nicht unmittelbar den USA zugute kommen.

Der Punkt ist für die Europäer, inwieweit man mitwirkt oder dies als Angriffskrieg gegen die Menschheit einstuft – eine viel größere Aggression als die von Putin. Wer sich jetzt auf diesen Psychopathen einlässt, hat die Werte Europas nicht verinnerlicht. Jetzt gilt es, Nein zu sagen. Gerade die Jugend, die um ihre Zukunft gebracht wird, müsste laut Nein sagen und alles boykottieren, was aus den Staaten kommt. Es müsste eine Kontra-Trump-Partei geben. Wer glaubt, dass nicht alles so heiß gegessen wird, wie es gekocht wurde, wird zur Kenntnis nehmen müssen, dass es umgekehrt sein wird. Der Appetit kommt beim Essen, ist das Motto von Trump. Und jede Mahlzeit bei ihm wird unappetitlicher.

Reinhold Richter, Obertshausen

Eine Regierung von Milliardärs Gnaden

Donald Trump ist – obwohl juristisch verurteilt – in die Rolle eines Messias geschlüpft. Gott habe ihn bei dem einstigen Attentatsversuch geschützt. Er habe damit den „göttlichen Auftrag erhalten, Amerika wieder groß“ zu machen. Die tosenden Beifallsstürme sprechen für sich. Der Kater wird kommen, wenn man bemerkt, dass diese Trump-Regierung eine Regierung von Milliardärs Gnaden ist und dass die Tech-Milliardäre eine Plutokratie errichtet haben. Gleiches gilt für die territorialen Expansionspläne. Die Befürworter aus den



Die Grenze von USA und Mexiko bei El Paso.

AFF

Reihen der Trumpwähler sollten sich überlegen, dass dies auch Krieg auf dem Boden der USA bedeuten könnte. Trump sollte mal erklären, wie er sich den Panama Kanal zurückholen oder wie er Grönland in die USA eingliedern möchte, ohne das Völkerrecht zu verletzen.

Man kann nicht Putin für den Ukraine-Krieg verurteilen, Trumps Äußerungen aber unkommentiert lassen. Sein Amerika wird ein Amerika allein nach dem Geschmack von Musk, Bezos und Zuckerberg sein. Es werden sehr viele Menschen auf der Strecke bleiben. Allerdings wird niemand sagen können, er habe nichts gewusst. Trump hat in seiner ersten Regierungszeit einen Vorgeschmack auf das geliefert, was nun folgen wird. Er hat offensichtlich den größten Teil der US-Bevölkerung, aber auch einen erheblichen Teil der internationalen Polit-Prominenz hinter sich.

Die deutschen Politiker, die Trumps Inthronisierung begrüßen, sollten sich im Klaren darüber sein, dass allein die Zölle, die Trump erheben möchte, zu einer erheblichen Krise nicht nur in Deutschland beitragen werden. Wenn sich Alice Weidel mehr Musk in unserer Regierung wünscht und dabei

abertausende Opfer einer rückwärtsgerandeten Wirtschaft- und Sozialpolitik riskiert, bringt dies die reaktionäre soziale Kälte und mangelnde Empathie der AfD-Vorsitzenden zum Ausdruck.

Wer meint, man solle Amerika weniger kritisieren, weil die USA dazu beigetragen haben, Deutschland vom Faschismus zu befreien, muss sich das Gegenargument gefallen lassen: Das ehemalige Amerika hat die Demokratie und eine Politik der gegenseitigen Gleichberechtigung gebracht. Das jetzige Amerika betreibt eine Politik der Spaltung, Polarisierung und Abschottung.

Georg Dovermann, Bonn

Westliche Werte sind etwas anderes

Gibt es einen Unterschied zwischen Putin und Trump? Nein – beide setzen die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ein, um ihre Ziele (Ukraine, Grönland, Kanada, Panama) zu erreichen: Putin mit Militär, Trump mit Wirtschaftsmacht (eventuell inklusive Militär). Dieses Trump-Verhalten ist nicht das, was wir unter „westlichen Werten“ verstehen!

Dieter Hartwig, Kiel

Diskussion: frblog.de/trump2025

Objektiv berechenbar

Zu: „Humanitäre Hilfe für Gaza“, FR-Tagesthema vom 18. Januar

Waffenstillstand im Gaza: „Jetzt muss es einen ganz großen Schub an humanitäre Hilfe geben.“ Und sicher wird bald auch eine Geber- und Wiederaufbau-Konferenz einberufen. Als Lehrer habe ich 40 Jahre lang Schülerinnen und Schülern erfolgreich beigebracht: Wer etwas kaputt macht, übernimmt dafür die Verantwortung. Dies gilt auch für Staaten und gesellschaftliche Organisationen! Dies gilt auch, wenn Staaten und Milizen Krieg führen, bomben, mit Raketen und Drohnen zerstören, töten und verletzen.

Ich möchte anregen, dass die Bundesregierung für Deutschland einen Antrag in die UN-Vollversammlung einbringt. Die UN-Vollversammlung beschließt: Auch und erst recht im Krieg haften Staaten für die Schäden, die sie anrichten. Näheres und konkrete Haftungsvorschläge werden von ExpertInnen ausgearbeitet werden. Der Zerstörer wird für die zerstörte Infrastruktur, für die zerstörte Natur, für getötete und verletzte Personen und Tiere haftbar gemacht. In jedem Fall muss jeder für die Folgen seiner militärischen Gewalt in Verantwortung treten und die Wiedergutmachung finanziell gewährleisten.

Für Infrastruktur und für zerstörte Natur ist dies objektiv und berechenbar. So kostet der Wiederaufbau der Ukraine derzeit Schätzungen von Experten zufolge 480 Milliarden Dollar. Mögliche Berechnungen für Tod und Verletzung: Für jede getötete Person zahlt der handelnde Staat ein Schmerzensgeld an die Hinterbliebenen von einer Million Dollar. Hinzu kommen lebenslange Witwenrenten und Waisenrenten. Für Verletzungen zahlt der Verursachende je nach Schwere ein Schmerzensgeld sowie die Kosten für die medizinische Behandlung. Ist der Verletzte nicht mehr arbeitsfähig oder bleibt er behindert oder ein Pflegefall, so übernimmt der Verursacher alle Lebens- und Pflegekosten bis zu dessen Lebensende.

Die UNO richtet ein internationales UN-Gremium ein, das befähigt ist, die Kosten zu errechnen und einzutreiben. Robert Hülsbusch, Nottuln

Echte Alternativen zu Google und Apple

Datenkraken: „Sie wissen alles, wir nichts“, FR-Feuilleton vom 13. Januar

Die Datensammelwut und Macht der großen Tech-Unternehmen stehen wegen der neuesten Aktivitäten von Elon Musk und Mark Zuckerberg im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Das Problem existiert aber schon länger. Selten wird dabei thematisiert, wie sich unsere Politiker zu Handlungen dieser Unternehmen machen. Sie fordern über Parteigrenzen hinweg immer mehr Digitalisierung und lassen zu, dass immer öfter analoge Alternativen für digitale Dienstleistungen entfallen (z.B. Bahn). Mehr Digitalisierung bedeutet,

dass die Menschen in mehr Bereichen Smartphones und Tablets einsetzen müssen. Damit werden sie in die Hände von Google und Apple getrieben, die schon allein über die Betriebssysteme dieser Geräte Daten der Nutzer:innen erhalten und missbrauchen können!

Das Vorhaben, die amerikanischen Tech-Konzerne über Gesetze einzuhegen, greift viel zu kurz. Nur die Entwicklung eigener Technologien als echte Alternativen könnte die Menschen in Europa wirklich schützen, aber davon sind wir weit entfernt. Es gibt ja nicht ein-

mal Unterstützung für diejenigen, die sich dem Google-Zugriff entziehen wollen. Ich habe mir z.B. gerade ein Smartphone gekauft. Nach einiger Recherche fand ich eines mit einem Betriebssystem, das keine Daten an Google weitergibt und in vielerlei Hinsicht aktiv den Datenschutz unterstützt. Die Entwicklerfirma scheint allerdings vor allem durch Idealismus zu überleben. Solche Firmen mit öffentlichen Mitteln zu fördern, wäre ein erster Schritt, uns aus den Krallen von Google und Co. zu befreien.

Margarete Fuß, Weinheim

Bio bietet Chancen

Maul- und Klauenseuche: „Auf den Misthaufen“, FR-Wirtschaft v. 18.1.

Ein wesentlicher Bezug fehlt mir in dem Kommentar von Frau Dunz: der eindeutige Zusammenhang von Massentierhaltung und dem Ausbruch von Tierseuchen. Die Nachfrage nach Bioprodukten steigt und kann im Inland nicht gedeckt werden. Hier liegt eine große Chance für die Landwirtschaft. Richtig ist, dass ein Abbau der Bürokratie in der Landwirtschaft erforderlich ist und dass die Förderung von bäuerlichen Kleinbetrieben im Vordergrund stehen sollte.

Annette Flieder, Hilzingen